Alexandra Weiss

"Das warmschlagende Herz in die kühlen Bezirke des Verstandes einbringen" Frauen in politischen Parteien in den 50er und 60er Jahren in Tirol¹

Politik und Gesellschaft der 50er und 60er Jahre appellierten an traditionelle "weibliche Werte", die im Gegensatz zur "kriegerischen Männlichkeit" als prinzipiell friedfertig und fürsorglich interpretiert wurden. Die Frau als "Retterin der Menschheit" sollte die Neugestaltung und den Wiederaufbau einer zerrütteten Gesellschaft durch die Ausübung ihrer traditionellen Rolle gewährleisten. Das Bild von der Hausfrau und Mutter als Politikerin im Kleinen mit großer Bedeutung diente der Stabilisierung der ungleichen Machtverteilung zwischen Männern und Frauen im politischen und gesellschaftlichen Raum.

Im Hintergrund agieren und Kleinarbeit leisten, zählte auch in den politischen Parteien zu den vorrangigen weiblichen Tugenden. Um die Haltung gegenüber Frauen und die moralischen Vorstellungen jener Zeit ansatzweise zu vermitteln, sei hier ein Zitat aus Josef Gorbachs² "Heiliges Mutteramt" vorangestellt:

"Die Rettung aus Not und drohendem Tod muss zu einem Großteil von euch Frauen ausgehen. In eure Hand ist das Schicksal der Völker gelegt, und von euch hängt es ab, ob wir einer schönen Zukunft entgegengehen, von der alle träumen, oder ob wir noch fürchterlicheren Stürmen entgegengehen, als die in den letzten Jahrzehnten waren. [...] diejenigen, die ein gutes Herz haben – und das sind die Frauen und Mütter – die schaffen Werke von dauerndem Wert; die unterziehen sich der Kleinarbeit in den Familien; die legen die Hand an die fiebernde Stirn der Kranken und legen den Samen der Tugend in die Gärten der Kinderherzen. Der Samen geht auf und es wächst ein neues, besseres Geschlecht heran."

Die prinzipielle Wichtigkeit der Frauen für die Gesellschaft wurde in den 50er Jahren von den Parteien vielfach betont. Politiker wandten sich aber nicht an Frauen, um sie in die politischen Gremien zu integrieren. Adressatinnen der Politiker waren weniger jene Frauen, die aufgrund der Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit ihre Handlungskompetenz erweitert hatten, sondern die abstrakte Frau, die "als mythologisierte[s] Gattungswesen, als überidealisierte [...] Natur" zur Projektionsfläche für männliche Erlösungswünsche und Bedürfnisse wurde. Die

Integration von Frauen in die Einrichtungen des politischen Systems blieb daher in den 50er und 60er Jahren marginal.

Die Mandatsverteilung im Tiroler Landtag von 1945 bis 1999 und der Frauenanteil der jeweiligen Parteien und gesamt

1945	ÖVP/ davon Frauen 26/0	SPÖ/ davon Frauen 10/1 (Adele	FPÖ (VdU)/ davon Frauen	GRÜNE/ davonFrauen	Frauen gesamt
1949	24/1(Sonja Oberhammer	Obermayr) 8/1 (Adele Obermayr)	4/0	-	1-2
1953	1951-1953) 23/0	9/0	4/0	_	0
1957	23/0	11/1 (Hedy Keim)	2/0	-	1
1961		11/0	2/0	_	0
1965		10/0	1/0	_	0
1970		12/0	1/0	=	0
	24/1 (Maria Giner)	11/0	1/0	-	1
1979	24/1 (Maria Giner)	10/0	2/0	-	1
1984	25/1 (Maria Giner 1984- 1986, ab 1986 Wilfriede Hribar)	9/0	2/0	-	1
1989	19/3 (Wilfriede Hribar, Kathi Horngacher, Maria Steiner 1993-1994)	9/1 (Christa Gangl)	5/0	3/2 (Eva Lichtenberger, Jutta See- thaler)	5-6
1994	19/2 (Kathi Horngacher bis 1995, Wilfriede Hribar)	7/2 (Christa Gangl, Sigrid Marinell)	6/0	4/0	3-4
1999	18/2 (Wilfriede Hribar, Anne- liese Junker)		7/1 (Susanne Riess-Passer März bis Oktober 1999	3/2 (Maria Scheiber, Elisabeth Wiesmüller)	6-7

Landesräte waren bis 1994 nur Männer, danach wurden Eva Lichtenberger und Elisabeth Zanon die ersten beiden Frauen in einer Tiroler Landesregierung.

Auch die Frauenorganisationen der ÖVP und der SPÖ stellten auf traditionell weibliche Kompetenzen ab – einerseits auf die "Mütterlichkeit", die vom Österreichischen Frauenbund (ÖVP) besonders in den Mittelpunkt gestellt wurde, andererseits auf die von der SPÖ-Frauenorganisation thematisierten sozialen Kompetenzen der Fürsorge und Humanität. Nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges sahen diese beiden Frauenorganisationen ihre Aufgabe primär darin, in der Politik als Schadensbegrenzerinnen und als Vertreterinnen einer politischen Ethik zu agieren.

Die Österreichische Frauenbewegung - ÖFB

Der "Österreichische Frauenbund" (später "Österreichische Frauenbewegung" – ÖFB), die Frauenorganisation der ÖVP, hatte in Tirol bis in die 70er Jahre geringe Bedeutung. Bis ca. 1970 setzte sich der ÖFB in Tirol in erster Linie aus Frauen der sozialen Oberschicht zusammen. Rosa Gföller, Vorsitzende des ÖFB ab 1970, beurteilt die personelle Zusammensetzung rückblickend folgendermaßen: "Die Crème der Gesellschaft war das, aber das hat mit Politik nichts zu tun gehabt." Dementsprechend gering war auch der Mitgliederstand des ÖFB in jener Zeit; er lag bei ca. 450 Frauen.

Gründungsgeschichtlich wurde der ÖFB nicht als Bund konzipiert, sondern war mit der Partei statutenmäßig nur lose verbunden. Die Anerkennung des ÖFB als gleichberechtigte Teilorganisation der ÖVP erfolgte 1972 durch eine innerparteiliche Statutenänderung. Der Einfluss der Frauen in der Partei blieb jedoch weiterhin gering, obwohl mit der ÖFB-Mitgliedschaft auch die Parteimitgliedschaft erworben wurde. Rosa Gföller dazu:

"Die Frauen haben ja nichts zu melden gehabt, wir haben ja den Wallnöfer gehabt – so sehr ich ihn mag und ich bin gut ausgekommen mit ihm, aber es war nicht leicht für Frauen irgend etwas politisch zu erreichen. [...] Frauen waren vor allem zum Aufputz da. Vor allem die Trachten. Da ist ja der Wallnöfer zerronnen, wenn er seine Frauen da gehabt hat mit der Tracht und so."

Die Aktivitäten des ÖFB konzentrierten sich während der Obfrauenschaft von Sonja Oberhammer (1945 bis 1970), der Ehefrau von Landesrat Aloys Oberhammer (ÖVP), vor allem auf soziale und karitative Tätigkeiten und auf handwerkliche bzw. musische Angebote wie Näh- und Musikkurse. Daneben wurden Kindererholungsaufenthalte und Mittagstische für SeniorInnen organisiert. Auch die Er-

richtung des Don-Bosco-Kinderheimes, in dem Kriegswaisen betreut wurden, ging auf die Initiative von Sonja Oberhammer zurück. Eine direkte Einmischung in den politischen Prozess beabsichtigten die Tiroler ÖVP-Frauen jedoch nicht. "Dr. Sonja Oberhammer sorgte durch monatliche Vorträge auch für politische Bildung der Vereinsfrauen, hielt ihre Organisation aber aus der Parteipolitik heraus," heißt es in einer Broschüre der ÖFB-Frauen.

Mit Rosa Gföller als Landesleiterin wandelte sich der ÖFB in Tirol zu einer Frauenorganisation, die sich mit der gesellschaftlichen Rolle der Frau stärker auseinandersetzte und mit der Statutenänderung von 1972 auch mehr Möglichkeiten bekam, auf die Politik der ÖVP einzuwirken. Durch den Aufbau von Ortsorganisationen stieg die Zahl der Mitglieder im Laufe der 70er Jahre auf ca. 2000 Frauen an.

Die für Frauen relevante Reformierung des Ehe- und Familienrechtes wurde bereits in den 50er Jahren unter SPÖ-Justizminister Otto Tschadek diskutiert. Das Frauen- und Familienbild der ÖVP war aber bis in die 70er Jahre sehr stark von einer biologistischen Argumentation geprägt, die auch vom ÖFB mitgetragen wurde. Die traditionelle Rollenaufteilung zwischen Frauen und Männern wurde als naturhaft, aus den biologischen Unterschieden resultierend gesehen. Die ÖVP widersetzte sich erfolgreich allen Reformbestrebungen zur gesetzlichen Gleichstellung von Mann und Frau. Auch der ÖFB lehnte eine Neuformulierung des Eheund Familienrechtes ab: "So empfindet eine richtige Ehegattin und Mutter, die mit der Familienerhaltung und Kindererziehung vollauf versorgt ist, die in § 91 festgelegte verpflichtende Stellung des Gatten in der Familie als eine gerechte Entlastung und Hilfe," argumentierte Franz Gschnitzer, ÖVP-Nationalratsabgeordneter und Universitätsprofessor an der juridischen Fakultät in Innsbruck.

Der von 1811 bis 1976/77 geltende § 91 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB) legte fest: "Der Mann ist das Haupt der Familie. In dieser Eigenschaft steht ihm vorzüglich das Recht zu, das Hauswesen zu leiten." Franz Gschnitzer zur ungleichen Machtverteilung in der Familie:

"Dem Mann ist im Geschlechtsleben die aktive, der Frau die passive Rolle zugewiesen – keine Redensart, keine Kaschierung männlicher Vormachtgelüste, sondern eine in ihrem vollen Gewicht zu wägende Grundtatsache. Der physiologische Unterschied, dass der Mann der Zeugende, die Frau die Empfangende ist, wirkt sich auch psychologisch aus. [...] Damit hängt auch wieder die Leitung durch den Mann zusammen – nicht nur ein Vorrecht, sondern ebensosehr, wenn nicht noch mehr, eine Vorpflicht. Auch die Frau wird sie nicht so sehr als Entzug eines Rechtes, sondern als Schutz empfinden und als Aufgabe, die sie dem Mann gern überläßt."

Neben der bereits erwähnten "Leitung des Hauswesens" durch den Mann enthielt das alte Familien- und Eherecht noch weitere diskriminierende Regelungen. So konnten Frauen nur einer Erwerbstätigkeit nachgehen, wenn dadurch ihre

Haushaltspflichten nicht vernachlässigt wurden. Die Konsequenz dieser Bestimmung war, dass eine Frau nur mit Zustimmung des Ehemannes berufstätig sein konnte. Weiters hatte nur der Vater ein Vertretungsrecht für die gemeinsamen Kinder. Der Mann bestimmte den Wohnsitz, die Frau hatte die Pflicht der Wohnsitzfolge.

Die ÖVP, einschließlich der Frauenorganisation, lehnte Reformvorschläge zur rechtlichen Gleichstellung lange Zeit vehement ab. Einen rechtspolitisch neuen Standpunkt nahm die ÖVP erst im "Salzburger Programm" von 1972 ein:

"Die ÖVP bekennt sich zu einer partnerschaftlichen Beziehung der Geschlechter zueinander. Diese erfordert eine neue Auffassung von der Rolle des Mannes und der Frau in der Familie, in den Bereichen der Kultur und Bildung, der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens. [...] Die Gleichwertigkeit der Frau muss in der Rechtsordnung verankert und darüber hinaus in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen anerkannt werden." Die ÖVP will, "dass die Frau als Hausfrau und Mutter ebenso Anerkennung findet wie die berufstätige Frau. Die Dienste der Gesellschaft müssen so gestaltet sein, dass es der Frau mit Familienpflichten möglich ist, frei zu entscheiden, ob sie berufstätig sein will oder nicht. Das bedeutet, dass [...] die Erziehungsfunktion der Mutter von der Gesellschaft anerkannt werden muss [...]."

Grundsätzlich wurden in diesem Programm patriarchale Strukturen beibehalten, da Haushalt und Kindererziehung nach wie vor als Aufgaben der Frau definiert waren und ausschließlich Frauen zwischen zwei angeblich gleichwertigen Familienmodellen wählen können sollten. Eine Gleichheit der Geschlechter würde aber auch eine realisierbare Wahlmöglichkeit für Männer bedingen, sodass Männer nicht nur auf die Rolle des 'Ernährers' festgelegt werden. Zur Verteidigung der Hausfrauenehe forderte die ÖVP die Beibehaltung des absoluten Unterhaltsanspruches der Frau, da dieser die freie Wahl zwischen Haushalt und Beruf gewährleiste. Die Reformierung des Ehe- und Familienrechtes fiel schließlich in die Zeit der SPÖ-Alleinregierung.

Der ÖFB passte sich inhaltlich nicht nur in dieser Debatte der Gesamtpartei an und beharrte ebenfalls auf einem traditionellen Verständnis der Geschlechterbeziehungen. Erst in den 70er Jahren formulierte die Frauenorganisation eigene politische Forderungen.



Der Tiroler Landtag 1965: Stenographinnen – die einzigen Frauen im Landesparlament

Die SPÖ-Frauenorganisation

Bereits 1909 wurde die "Freie politische Frauenorganisation" – eine Dachorganisation sozialistischer Frauen- bzw. Arbeiterinnenvereine – als Teilorganisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs (SDAPÖ) eingegliedert. Zwar ist die Sozialdemokratische Partei in Österreich die erste Partei, die die prinzipielle Gleichheit der Geschlechter ins Programm aufnahm (1892), trotzdem war auch sie von ihren Anfängen her strukturell ein Männerbund. Die Frauen hatten sich in eine von Männern geformte Parteistruktur einzufügen, was bis heute zu Schwierigkeiten und Kämpfen Anlass gibt.

In der Nachkriegszeit stieg die weibliche Berufstätigkeit kontinuierlich an; parallel dazu vergrößerten sich aber die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede. In Anbetracht dieser Entwicklung forderte die SPÖ das Recht auf Arbeit und gleichen Lohn für Frauen. Die primäre Zielgruppe der SPÖ-Frauenorganisation in den 50er Jahren waren aber nicht die Berufstätigen, sondern die Hausfrauen und Mütter. Die Kleinfamilie, in der sich die Frau durch die Anhebung der Männerlöhne ganz der Hausarbeit widmen konnte, wurde idealisiert. Die Sozialdemokratie forderte in diesem Zusammenhang, dass zur Bemessung der Lohnhöhe nicht das Individuum,

sondern der Haushalt heranzuziehen sei. Dies wurde in der Zweiten Republik zum Teil auch für ArbeiterInnenhaushalte Realität. Das sozialistische Familienmodell bildete keine oder nur eine schwache Alternative zum bürgerlichen Modell.

Die SPÖ entsandte zwar mehr Frauen in die politischen Gremien als die ÖVP, in den Landtagen war jedoch meist nur eine Frau vertreten. In Tirol war Adele Obermayer (SPÖ) von 1945 bis 1953 die einzige Mandatarin im Landtag. Nach Obermayers Wechsel in den Bundesrat war erst 1957 wieder eine Frau für eine Legislaturperiode im Landtag präsent. Von 1961 bis 1989 war die SPÖ im Tiroler Landtag ausschließlich mit einer Männerriege vertreten.

Der Stand der weiblichen Mitglieder in der Tiroler SPÖ blieb von 1945 bis in die 60er Jahre bei rund 30% konstant. In den höheren Positionen der Partei kam die Repräsentanz von Frauen nie auch nur annähernd an diesen Wert heran.

Die Frauen in der Partei verrichteten in erster Linie untergeordnete Tätigkeiten. Sie sorgten für den geselligen Rahmen bei Parteiveranstaltungen, kochten Kaffee, banden die roten Nelken für die 1.-Mai-Feiern, kolportierten Zeitungen und kassierten Mitgliedsbeiträge. Die Frauenkomitees leisteten die Kleinarbeit für die Partei, oft in Zusammenarbeit mit den Kinderfreunden. So wurden auch Kinderweihnachtsfeiern und Feiern für ältere Parteimitglieder veranstaltet. "Ja, das war so eingeteilt, das ganze Jahr in bestimmte Kategorien. Für die Mütter³, der Internationale Frauentag, "Wir ehren das Alter' und für die Kinder. Also es war für jeden etwas vorgesehen und es hat sich wiederholt im Lauf des Jahres," erinnert sich Anna Waldeck, langjährige SPÖ-Funktionärin und Gemeinderätin in Lienz. Diese Arbeit an der Basis fand jedoch kaum Anerkennung, stellt Maria Kaiser, SPÖ-Gemeinderätin von 1945 bis 1970, aus Innsbruck fest:

"Sie haben keine Tätigkeit verrichtet, die Aufmerksamkeit erregt hat. Sie haben ihre Arbeit getan, auf den Posten, wo sie waren, meistens sehr pflichtbewußt, als Frauen [in den Frauenkomitees, A.W.] oder Subkassierinnen. [...] Die Männer haben sehr dominiert. Die Frauen, ... sagen wir gerade die älteren Frauen, wie die Obermayer, die kamen in den Landtag, das stimmt, aber es war nur eine Frau drinnen von der Sozialdemokratischen Partei, die damals im Landtag stärker war als sie heute ist. Nun es hat ja schon immer Auseinandersetzungen gegeben; ja die Frauen müssen hinein, und dann hat es geheißen ja wer, wer und so weiter. Das ist nun mal so die Situation von Frau und Mann, auch innerhalb der Partei. Es sind durchaus auch oft Männer in Funktionen gelangt, die nicht höher qualifiziert waren als eine Frau, trotzdem ist da der Mann vorgezogen worden."

Die Integration von Frauen und "Frauenfragen" wurde in den Nachkriegsjahrzehnten kaum gefördert. Die Frauenorganisation war eine Nebenstelle der Partei, eine Schiene auf der Frauen "abgestellt" wurden. Frauen, die in der Partei Karriere machten, schafften dies in den seltensten Fällen über die Frauenorganisation oder über "Frauenthemen".

Neben den oben genannten Veranstaltungen fanden interne politische Schulungen für Funktionärinnen und Mitarbeiterinnen und die sogenannten Hausfrauennachmittage statt. Hier befassten sich Frauen mit modernen Techniken im Haushalt, mit der Zubereitung von halbfertigen Lebensmitteln und mit modernen, praktisch gestalteten Wohnungseinrichtungen, die auch für ArbeiterInnenhaushalte finanzierbar sein sollten.

Von besonderer Bedeutung innerhalb der Frauenorganisation waren die Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag. 1953 fand in Innsbruck die Abschlusskundgebung statt, zu der Teilnehmerinnen aus ganz Österreich, Deutschland und der Schweiz kamen. 12.000 angereiste Frauen wurden zum Teil in Schulen auf Strohlagern untergebracht. Insgesamt nahmen 15.000 Frauen an der Frauentags-Demonstration teil. Diese stand unter dem Motto: "Frauen und Mütter erkennt Eure Kraft! Kämpft für ein Leben in Freiheit ohne Furcht!"



15.000 Frauen demonstrieren in Innsbruck am Internationalen Frauentag 1953

Zentrale Themen der Kundgebung waren die Kritik an der Aufrüstung sowie an den realsozialistischen Ländern. Dies war ein radikaler Bruch mit Positionen der Ersten Republik, als die Sowjetunion teilweise durchaus als Modell für die österreichischen SozialistInnen galt.

Die Abgrenzung zu radikal gesellschaftsverändernden Konzepten und das Engagement als Friedenshüterinnen ging mit konservativen Strömungen jener Zeit konform. Bezeichnend ist folgendes Zitat aus einem Artikel zum Internationalen Frauentag, das von einem männlichen Genossen stammte. Die Überhöhung und

Verherrlichung von Frauen und Müttern, die in scharfem Kontrast zu realen Erfahrungen von Frauen im alltäglichen Leben, Beruf oder Politik stand, hob sich nur schwach von Aussagen der konservativen Seite ab:

"Waren es nicht die Frauen und Mütter, die das Heimatland und die Lebenskraft herüberretteten, als alles stürzte und das Chaos sich auftat? [...] Zeigt uns die Frauen, die so wie die sozialistisch denkenden arbeitenden Frauen den Kelch der Bitterkeit bis zur Neige tranken und trotzdem oder eben deshalb die Bannerträger der Zukunft sind! All diesen Tausenden von Dulderinnen, Kämpferinnen, den arbeitenden Frauen von Oesterreich gilt unser Dank."

Außer der "Volkszeitung", dem Parteiorgan der SPÖ-Tirol, fand die Großveranstaltung der SPÖ-Frauen nur in der "Tiroler Tageszeitung" Erwähnung. Das Parteiorgan der ÖVP – die "Tiroler Nachrichten" – und das der KPÖ – die "Tiroler Neue Zeitung" – berichteten nicht einmal negativ über das Ereignis. Die "Tiroler Tageszeitung" spielte die Bedeutung und Größe der Veranstaltung jedoch herunter. Unter der Überschrift: "Pfingsttagungen in Innsbruck" wurden der österreichische Gynäkologenkongress, Stiftungsfeste verschiedener akademischer Korporationen und der Internationale Frauentag angeführt. Zum Inhalt der Frauenveranstaltung wurde lapidar festgestellt: "Der Zweck der Tagung wurde durch Rufe wie 'Innsbruck muss rot werden!" ausgedrückt."

Für Innsbruck war eine Versammlung von 15.000 Sozialistinnen jedoch sensationell. Eine annähernd so große Veranstaltung gelang noch 1959, als sich etwa 10.000 Frauen aus Tirol, Salzburg und Bayern zum Internationalen Frauentag in Kufstein versammelten. Die Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag wurden jedoch bereits im Laufe der 50er Jahre immer mehr von den Muttertagsveranstaltungen "Wir rufen die Mütter" verdrängt. Bereits 1953 stellten Funktionärinnen fest, dass besonders am Land die Beliebtheit der "Mütterehrungen" jene der Feiern zum Internationalen Frauentag weit überstieg.

Dies belegen auch die BesucherInnenzahlen der "Mütterehrungen". Auch Männer nahmen zunehmend an diesen Frauenveranstaltungen teil. 1959 standen fünf Frauentagsveranstaltungen 32 Muttertagsfeiern gegenüber, und 1965 fanden in Tirol 54 Muttertagsfeiern und nur eine Veranstaltung zum Internationalen Frauentag statt. Die Verlagerung von den "politischen" zu den "unpolitischen" Veranstaltungen demonstriert den Wandel der SPÖ zu einer "Volkspartei". Die Funktionärinnen hofften durch diese Veranstaltungen sogenannte "indifferente" Frauen, gemeint waren Frauen, die sich politisch nicht eindeutig zuordneten, ein attraktives Angebot zu machen.

Tatsächlich war die SPÖ vor allem bei Hausfrauen erfolgreich, der Großteil der weiblichen Mitglieder kam aus dieser Gruppe. 1954 waren 57,4% der weiblichen Mitglieder Hausfrauen, 10,8% waren Pensionistinnen, 8,3% Privatangestellte und nur 15,5% waren Arbeiterinnen. Bis 1961 hat sich die berufsgruppenbezogene

Verteilung der weiblichen Mitglieder nicht wesentlich verändert. Nach wie vor waren über 50% der weiblichen SPÖ-Mitglieder Hausfrauen, die Pensionistinnen überholten als zweitstärkste Gruppe mit 18,6% die Arbeiterinnen mit ca. 15%, die Privatangestellten lagen bei 7,5%.

Bereits 1950 wurde auf einer Tiroler SPÖ-Frauenkonferenz festgestellt: "Ein Schmerzenskind ist und bleibt für uns die berufstätige Frau. Sie so zu erfassen, wie wir es uns vorstellen, ist uns immer noch nicht gelungen." Die Politisierung der Mitglieder trat durch die Entscheidung für "Mütterehrungen" in den Hintergrund. Die Verbindung zur Partei beruhte für viele nicht mehr auf ideologischer Überzeugung, im Vordergrund stand eher das "gesellige Beisammensein".

Resumé

Die Frauenorganisationen und deren Politik waren in den 50er und 60er Jahren vom konservativen Zeitgeist jener Jahre geprägt. Anliegen, wie die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches, die in der Ersten Republik von den Sozialdemokratinnen noch vehement vertreten wurden, standen nicht mehr auf der politischen Tagesordnung. Vielmehr richteten sowohl die SPÖ- als auch die ÖVP-Frauenorganisation ihre Politik auf die Frauen als Hausfrauen und Mütter aus. Die ÖVP – traditionell die 'Versorgerehe' und ein hierarchisches Geschlechterverhältnis verteidigend – blieb damit ihrem Gesellschaftsbild treu. Die SPÖ jedoch, die bereits sehr früh (theoretisch) für eine Gleichberechtigung der Geschlechter eingetreten war – erstmals im Parteiprogramm von 1892 –, fiel damit hinter die Programmatik der Ersten Republik zurück.

Kritikwürdig sind jedoch nicht nur die vertretenen Inhalte der Parteien und ihrer Frauenorganisationen, sondern auch der geringe Einfluss der Frauenorganisationen und der niedrige Frauenanteil in den Gremien der Parteien, als auch des politischen Systems. Anerkennung erhielten Frauen nur in der klassischen Rolle der Mutter und Hausfrau, sowohl in der Familie als auch in den Parteien. Denn auch innerhalb der Parteien zählten zu ihren vorrangigen Tätigkeiten die Schaffung einer 'gemütlichen' Atmosphäre, des 'geselligen' Rahmens von politischen Veranstaltungen. Die unsichtbare Hintergrund- und Kleinarbeit von Frauen am unteren Ende der Hierarchie war zwar unerlässlich, blieb jedoch meist unbedankt.

Eine Demokratisierung des Geschlechterverhältnisses ging erst mit dem Aufbruch der Frauen in der Zweiten Frauenbewegung der 70er Jahren einher. So fiel z.B. das patriarchale Ehe- und Familienrecht und die Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruches Mitte der 70er Jahre. Eine angemessene Vertretung von Frauen in politischen Gremien lässt jedoch bis heute auf sich warten. Zwar wurde das

Instrument der Quote – in den 80er Jahren zum ersten Mal von den SPÖ-Frauen gefordert und, wenn auch mit unbefriedigendem Resultat, beschlossen – inzwischen von SPÖ und ÖVP eingeführt, die Umsetzung blieb und bleibt aber mangelhaft.

Anmerkungen

- Dieser Beitrag ist Teil der Diplomarbeit von Alexandra Weiss: Frauengeschichte eine eigene Geschichte. Ein Überblick sozialer und politischer Aspekte weiblicher Lebenszusammenhänge von 1945 bis heute am Beispiel Tirols, Innsbruck 1998. Veränderte Fassung in: Michael Gehler (Hg.): Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945. Tirol. "Land im Gebirge": Zwischen Tradition und Moderne, Wien-Köln-Weimar 1999.
- Josef Gorbach war Priester und Autor zahlreicher ,Benimmbücher'.
- ³ Statt traditionellen Muttertagsfesten veranstaltete die SPÖ Feiern unter dem Motto "Wir rufen die Mütter".